

# Sparen, sparen, sparen

188 Millionen Franken will das Baselbiet bis ins Jahr 2019 sparen. Und reiht sich damit in die Mehrheit jener Kantone ein, die in den vergangenen Jahren teilweise spektakuläre Sparpakete beschlossen haben.

**Philipp Loser**  
Liestal

Draussen piffen die Jungsozialisten, drinnen erklärten sich die Regierungsräte des Baselbiets. Zwei Stunden dauerte die Präsentation der neuen Finanzstrategie des Kantons im Landratsaal von Liestal. Und mehr als einmal betonte Finanzdirektor Anton Lauber (CVP), dass es sich um genau das – eine Strategie – und nicht etwa um ein Sparpaket handle. Eine semantische Unterscheidung, die in der Debatte um den neuen Finanzplan wohl untergehen dürfte. Denn um das strukturelle Defizit des Kantons in der Höhe von 113 Millionen Franken zu beseitigen, sieht die Regierung nur einen Weg: sparen, sparen, sparen.

Bei einem Gesamtaufwand von aktuell rund 2,5 Milliarden Franken soll das Baselbieter Budget bis ins Jahr 2019 um insgesamt 188 Millionen Franken entlastet werden. Gespart wird vor allem beim Staatspersonal, bei den sozialen Ausgaben, bei der Bildung und im öffentlichen Verkehr. Unangetastet bleiben hingegen Investitionen ins jetzt schon bestens ausgebaute Strassennetz. Erst im Juni hat der Landrat ein neues Strassenbauprojekt in der Agglomeration rund um Basel gutgeheissen. Geschätzte Kosten: 1,8 Milliarden Franken.

## ÖV und Kultur und Bildung

Gegen das Strassenprojekt wird wohl das Referendum ergriffen – und auch viele der 132 gestern vorgestellten Sparmassnahmen werden noch zu hitzigen Debatten in der Baselbieter Bevölkerung führen. Gestrichen werden sollen unter anderem die Subventionen für das Umweltschutzabonnement, mit dem der öffentliche Verkehr in der gesamten Nordwestschweiz benützt werden kann. Zudem soll der Personalaufwand um 10 Prozent sinken. Dafür werden insgesamt 400 Stellen beim Kanton gestrichen. Gleichzeitig ist eine allgemeine Lohnreduktion von einem Prozent und die Streichung sämtlicher Beiträge an Betriebsfeste geplant. Der Betrag an die Universität Basel soll um 25 Millionen Franken gekürzt werden (bisher zahlten die beiden Basel gemeinsam einen Beitrag von etwas über 300 Millionen an die Uni), und die Kulturpauschale, ebenfalls zulasten von Basel-Stadt, wird um die Hälfte gestrichen.

## Basel-Stadt erzürnt

In einer Mitteilung reagierte die Regierung von Basel-Stadt «sehr befremdet» über die Sparpläne im Nachbarkanton. Mit 30 Millionen Franken würde ein vergleichsweise hoher Anteil bei jenen Institutionen eingespart, die von beiden Kantonen gemeinsam getragen, aber stärker vom Landkanton genutzt würden. «Der Regierungsrat ist nicht bereit, diese Löcher mit finanziellen Mehrleistungen zu schliessen.» Die Sparpläne des Baselbiets würden das erfolgreiche Fortkommen der gemeinsamen Institutionen nachhaltig infrage stellen.

Besonders düster beurteilen die Basler die Zukunft ihrer Universität. Bisher zahlen die Stadt und das Land gleich viel an die Uni. Kann sich das Baselbiet mit seinem Kürzungsantrag durchsetzen, müsste auch die Stadt ihren Beitrag um 25 Millionen verringern. Da vom Gesamtbetrag auch Drittmittel (Bund, Stif-



Der öffentliche Verkehr soll im Baselbiet weniger stark subventioniert werden: Tram Nr. 10 in Oberwil. Foto: Martin Rüttschi (Keystone)

tungsgelder, Nationalfonds) abhängig sind, würden der Uni zwischen 60 und 100 Millionen Franken fehlen. Das sind rund zehn Prozent des Budgets der Universität, wie der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann gegenüber verschiedenen Medien erklärte. «Das wäre ein Rückschritt der Uni Basel in die Provinz», sagte er der «Tageswoche».

## «Schweiz ist so reich wie nie»

Überraschend sind die Sparpläne des Landkantons nicht. In den vergangenen zwei Jahren hat die Mehrheit der Schweizer Kantone teilweise umfangreiche Sparpakete beschlossen – meistens um ein strukturelles Defizit zu verhindern oder abzubauen. Im Kanton Bern sind es beispielsweise 466 Millionen, in Freiburg 112, in Luzern 194, in Schaffhausen

40, in Solothurn 150, in Zug 111 Millionen, die gespart werden müssen.

Vor allem von linker Seite werden die umfassenden Sparpakete kritisiert. «Die Schweiz ist so reich wie noch nie», hat Daniel Lampart, der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, kürzlich in einer Studie festgestellt. «Dennoch beschliessen die Kantone Sparpaket um Sparpaket. Aus ökonomischer Sicht ist das sehr fragwürdig.» Oft würden Kantone ihre finanzielle Lage zu pessimistisch einschätzen – auch aus politischen Gründen. Und da die Steuerfrage so aufgeladen sei wie noch nie (auch im Baselbiet will man Steuererhöhungen um jeden Preis vermeiden), würden die Kantone stattdessen den Service public abbauen. Für Peter Hegglin, Finanzdirektor im Kanton Zug und

Präsident der kantonalen Konferenz der Finanzdirektoren, zielt die Kritik von linker Seite ins Leere. Das zeige schon einen Blick in seinen eigenen Kanton. «Wenn wir nichts machen würden, wäre die Liquidität und das Eigenkapital in kürzester Zeit weg.» Es sei auch grundsätzlich richtig, dass bei diesen Sparpaketen wenn immer möglich auf Steuererhöhungen verzichtet würde. Jene Mittel, die der Kanton einsetze, hole er sich von den Privaten. «Wir sind dem Steuerzahler verpflichtet, dass die öffentliche Hand ihr Geld möglichst effizient einsetzt.»

 [Die Liste Hier wollen die einzelnen Kantone sparen](#)  
sparliste.tagesanzeiger.ch

## Sparpaket

### «Nicht jeder Jugendliche muss so lange in der Schule sitzen»

**Monica Gschwind hatte den ersten Auftritt als Baselbieter Bildungsdirektorin. Er war denkwürdig.**

**Philipp Loser**  
Liestal

Problem erkannt, Gefahr gebannt. Der grösste Kostentreiber in der Bildung ist – die Bildung! Es war der erste Auftritt von Monica Gschwind (FDP) als neue Baselbieter Bildungsdirektorin. Und es war ein Auftritt, der lange nachhallen wird. Schuld an den höheren Kosten im Bildungsbereich seien die gestiegenen Ansprüche der Gesellschaft, sagte die Freisinnige bei der Präsentation des Basel-

bieter Sparpakets. Die Ausbildungsdauer werde immer länger, die «Vollzeitschulquote» immer höher. «Die Jungen finden es gemühtlicher, in die Schule zu gehen, als sich mühselig für eine Lehrstelle zu bewerben», sagte die Bildungsdirektorin. Und das dürfe nicht sein. Nicht jeder Jugendliche müsse so lange in der Schule sitzen, «bis er weiss, was er will».

Konsequent darum auch die Sparvorschläge von Gschwind. Künftig will der Kanton Baselland 25 Millionen Franken weniger an die Universität Basel zahlen (21 Prozent der Studenten stammen aus dem Baselbiet; 17 Prozent aus der Stadt). Die Klassen sollen vergrössert, die Schulstandorte verringert, die Berufslehre gefördert und der Zugang zu «Vollzeitschulangeboten» restriktiver gehandhabt werden.



Monica Gschwind.

nigen Lebenslauf. Sie hat die Handelsmittelschule absolviert, sich zur Treuhänderin mit Eidgenössischem Fachausweis ausbilden lassen, hat danach als selbstständige Treuhänderin gearbeitet, war Gemeindepräsidentin von Hölstein. Und heute ist sie, doch eher unverhofft, für die Bildung im Kanton Basel-Landschaft zuständig.

Ob sie Studenten allgemein für faul halte, wurde sie nach ihrer Präsentation gefragt. «Nein, wie kommen Sie darauf?» Monica Gschwind selber hat übrigens auch nicht einen unbedingt geradlinigen

## Nachrichten

### Staatsbesuch Polen besorgt wegen Zuwanderungsinitiative

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga ist gestern in Warschau mit Polens Präsident Bronislaw Komorowski und Regierungschefin Ewa Kopacz zusammengetroffen. Bei den Gesprächen zeigten sich die Gastgeber besorgt über die Folgen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Komorowski wie auch Kopacz hätten bei den Gesprächen mit Sommaruga die Ausgangslage als schwierig und anspruchsvoll bezeichnet. Dies gelte insbesondere, weil das Prinzip der Personenfreizügigkeit für den europäischen Zusammenhalt von zentraler Bedeutung sei, informierte das Justizdepartement. (SDA)

### Statistik Mehr Tierversuche in der Schweiz

2014 wurden 606'505 Tiere für Tierversuche eingesetzt. Das sind 16'260 mehr als im Vorjahr. Über 12'000 Tiere haben dabei qualvolle Schmerzen oder dauerhafte Schäden erlitten. An ihnen wurden Versuche des Schweregrads 3 durchgeführt. Das geht aus der Tierversuchstatistik 2014 hervor. Im Jahr zuvor waren rund 1000 Tiere weniger für die qualvollsten Versuche eingesetzt worden. Tierversuche werden nur bewilligt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. So müssen die zu erwartenden Erkenntnisse bedeutender sein als das Leiden der Tiere. Zudem darf das Forschungsziel nicht mit anderen Methoden erreicht werden können. Der Bundesrat möchte Tierversuche einschränken. Er schlägt die Schaffung eines Kompetenzzentrums vor, das die Forschung ohne Tierversuche gezielt fördern soll. (SDA)

### Bundesgericht Richterin zu alt - Verurteilung wegen Tötung annulliert

Das Bundesgericht hat die Verurteilung eines 30-Jährigen zu einer Haftstrafe von 14 Jahren durch die Genfer Justiz annulliert. Eine der Richterinnen war zum Zeitpunkt des Urteils älter, als das Gesetz erlaubt. Der Angeklagte hatte 2012 vor den Augen seiner Ex-Partnerin und seiner zweijährigen Tochter auf seinen Schwiegervater geschossen. Die Berufungskammer des Genfer Kantonsgerichts bestätigte die Verurteilung. Das Bundesgericht hat das Urteil nun aufgehoben. Der Grund: Eine der Richterinnen hatte zum Zeitpunkt des Urteils das im Genfer Gerichtsorganisationsgesetz erlaubte Höchstalter überschritten. Das Genfer Gesetz sieht vor, dass Richter mit 65 Jahren in Pension gehen müssen, Beisitzer spätestens mit 72 Jahren. Wie alt die Richterin war, ist dem Urteil nicht zu entnehmen. Das Genfer Kantonsgericht muss nun noch mal über den Fall befinden. (SDA)  
Urteil 6B\_226/2015

### Todesfall Sicherheitspolitiker Hermann Suter gestorben

Hermann Suter, Präsident der armeefreundlichen Gruppe Giardino, ist tot. Der Sicherheitspolitiker, Historiker und Pädagoge starb am Freitag im Alter von 74 Jahren. Dies teilte seine Familie mit. Suter sass von 1979 bis 1987 für die FDP im Luzerner Kantonsparlament. Nationalpräsident wurde Suter als Gründungspräsident der Gruppe Giardino zur Rettung der Milizarmee. Der Verein setzt sich für eine bestandesstarke und vollständig ausgerüstete Armee ein. (SDA)

## Verbände opponieren immer noch erfolgreich

Umweltorganisationen gewinnen mindestens jeden zweiten Beschwerdefall.

**Claudia Blumer**

Vor rund zehn Jahren geriet das Verbandsbeschwerderecht in heftige Kritik. Der ehemalige Formel-1-Pilot Michael Schumacher hatte in der Landwirtschaftszone von Wolfhalden AR eine Villa bauen wollen und war nach einigen Jahren Rechtsstreitigkeiten entnervt weitergezogen. Und in Zürich haben Verbände einen Neubau des Hardturm-

Stadions verhindert. Die FDP reagierte darauf mit einer Volksinitiative gegen das Verbandsbeschwerderecht, die zwar 2008 vom Volk grossmehrheitlich abgelehnt wurde, aber dennoch eine Wirkung erzielte: Der Bundesrat hatte inzwischen neue Regeln für das Instrument erlassen, das 27 Organisationen und alle, die von einem Bauvorhaben tangiert sind, zur Beschwerde berechtigt. Seither müssen die Organisationen über ihre Fälle Buch führen und dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) rapportieren. Gestern hat das Bafu eine Fünfjahresbilanz publiziert, die zeigt, dass das Verbandsbeschwerderecht noch immer

erfolgreich angewendet wird: Die Beschwerdeführer gewinnen mehr als die Hälfte der Fälle. Vor 2008 betrug die Erfolgsquote gegen 60 Prozent.

### «Erpressungspotenzial»

Zwischen 2010 und 2014 wurden laut Bafu 45,4 Prozent der Beschwerden ganz gutgeheissen, weitere 10,7 Prozent teilweise. Abgewiesen oder als gegenstandslos beurteilt wurden 34 Prozent, mit oder ohne Vereinbarung zurückgezogen 9,9 Prozent. Nicht enthalten sind die Beschwerden von Helvetia Nostra gegen Bauten im Zusammenhang mit der Zweitwohnungsinitiative.

Ebenfalls nicht erfasst wurde die viel grössere Zahl der Fälle, in denen es zu keiner Beschwerde komme, aber trotzdem ein Bauprojekt verzögert oder verhindert werde, sagt FDP-Nationalrat Andrea Caroni. «Die grösste Wirkungskraft des Verbandsbeschwerderechts ist sein Erpressungspotenzial.» Jeder Bauherr wisse, was eine Drohung bedeute: dass ein Projekt um Jahre verzögert werden könnte. Wenn er einen Wunsch hätte, wäre es die Verkürzung der Verfahrensdauer: «Würde eine Beschwerde am selben Tag entschieden, in dem sie eingereicht wird, verlöre das Verbandsbeschwerderecht seine destruktive Seite.»

Kritisch ist auch der Zürcher FDP-Nationalrat Beat Walti. Die Bilanz möge gut aussehen. Doch es sei wichtig, dass man das Verbandsbeschwerderecht in Bezug auf die Verhältnismässigkeit im Auge behalte. Denn die Spiesse könnten auch umgekehrt sein. Bekannt geworden sei das Verbandsbeschwerderecht durch Fälle wie Schumacher oder Hardturm-Stadion. «Doch das Verbandsbeschwerderecht tangiert auch Private, die etwa einen Erker bauen wollen oder ein Vordach am eigenen Haus. Wer hohe Verfahrenskosten vor sich sieht und unter Druck gesetzt wird, der streckt die Waffen», sagt Walti.